

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krümmel

- **Bundessprecher**

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krümmel

Tel.: 04152 – 885 666

Fax: 04152 – 879 669

Email: Dario.Thomas@t-online.de

Monday, 5. November 2012

P R E S S E M I T T E I L U N G

An dem ersten Jahrestag des für die Ermittlungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland gewissermaßen gegen deren festen Überzeugung und Willen offiziell bekannt gewordenen NSU-Mördertrios – es durfte jahrelang nicht sein was war - erklären wir zu diesem Vorgang folgendes:

„Wie gehabt: Ganz normales Verwaltungshandeln“

„In den Medien regnet es zu diesem 1. Jahrestag an Zusammenfassungen, Zwischenresümees, Kommentaren und weiteren Analysen. Es ist der erste Jahrestag erreicht, dass die Ermittlungsbehörden der BRD endlich offiziell zur Kenntnis nehmen mussten (es ging wirklich nicht mehr anders!), dass drei Germanen die Serie mit immer ein und derselben Tatwaffe und weiteren (!) Wiedererkennungsmerkmalen ausgeführt haben. Dies hätte früher stattfinden können und müssen.

Wir Kritischen PolizeibeamtInnen wollen unser Augenmerk aber auf die bunte Kommentierungslandschaft und deren Einordnung wenden, weil auch darin „Offenbarungen“ und Defizite sichtbar werden und dieselben Fehler wie bei dem Umgang mit den weit über 150 Toten durch „Rechts“ fortgeschrieben zu werden drohen:

1. Mentalitätsprobleme, also Vorurteile, in den Einstellungen von BeamtInnen

Es wird davon gesprochen, dass Mentalitätsprobleme in den Sicherheitsorganen das frühere Erkennen des Rechtsterrorismus verhindert haben.

„Mentalitätsprobleme“ stellen sich für Insider als Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und – mindestens – weit verbreitete negative Grundeinstellungen und Vorurteile gegen Bürgerinnen und Bürger mit migrantorischem Hintergrund dar.

Nur: was ist daran die neue Erkenntnis? Wir weisen seit unserer Gründung 1986 darauf hin. Und zwar mit Beispielen, mit Aussagen vor Untersuchungsausschüssen zu Polizeiskandalen wie in Hamburg und in vielfältigsten Schattierungen. Die verantwortlichen PolitikerInnen haben diese Hinweise durchgehend und weitestgehend zur Seite geschoben.

2. Offener Rassismus, selbst in richterlichen Urteilen

Gerade diese Woche hat das OVG Koblenz es immerhin geschafft, einen rassistischen Urteilsspruch des VG Koblenz zu kassieren, indem es urteilte, dass PolizeibeamtInnen Mitbürger nicht aufgrund ihrer Hautfarbe und anderer Äußerlichkeiten kontrollieren dürfen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn jedermann das Grundgesetz, die Menschenrechte, das Anti-Diskriminierungsgesetz und viele weitere bestehende Normen ernst nähme. „Jedermann“ meint hier insbesondere PolizeibeamtInnen. Aber sowohl PolizeibeamtInnen und RichterInnen – siehe das VG Koblenz – sehen das anders.

Zu dem Zurückfinden der Justiz auf den Pfad des Grundgesetzes äußert der Bundesvorsitzende Herr Rainer Wendt unserer großen „Bruder“-Gewerkschaft (Deutsche Polizeigewerkschaft), dass die Richter besser von einer solchen „schöngestigen Rechtsprechung“ lassen sollten, weil die polizeiliche Alltagspraxis das inkriminierte Vorgehen benötige.

Dazu wiederum kommentierte der Chef-Kommentator der SZ, Heribert Prantl: „Das heißt nichts anders als das: Die Polizei hat Menschen anderer Hautfarbe auf dem Kieker. Es gibt den polizeilichen Pauschalverdacht gegen Farbige.“

Der Chefkommentator der SZ hat also gerade Ende 2012 ein Aha-Erlebnis durch Rainer Wendt und blendet neuerlich die Beiträge aus der Justiz zum täglichen Rassismus seit über 20 Jahren aus.

Dazu können wir Kritischen PolizeibeamtInnen nur verblüfft feststellen: Aber das sagen und schreiben wir doch nun seit Jahrzehnten. Beispielhaft sei auf eine Veröffentlichung von vor über 10 Jahren verwiesen:

„SS-Runen auf Spinden, Polizei und Rechtsextremismus“

http://www.kritische-polizisten.de/pressemitteilungen/dokumente/Wueppesahl-Die_Tribuene.pdf

3. „Politik“ in diesem Lande ist längst zur Verwaltung verkommen

Auf die NSU-„Offenbarung“ erfolgte bisher der übliche Reflex: Einrichtung einer Verbund-Datei, Personen werden ausgewechselt usw. – Die bisherigen Maßnahmen der Exekutiven werden nichts Grundlegendes ändern können.

Die Verbund-Datei wird nichts Entscheidendes bewirken, weil sie – wie jede Verbunddatei – zum einen innerhalb kurzer Zeit mit Daten überlaufen und nicht mehr operabel sein wird und zum anderen altern die Daten mit dem Zeitpunkt ihrer Einstellung. Tag für Tag, weil sich Lebenssachverhalte, Beziehungen, Telefonnummern, Anschriften etc, ändern.

Dateien, Technik „regeln“ nichts. „Regeln“ tun alleine Menschen „auf der Straße“ bzw. zu denken vermögende Menschen bei Ermittlungen. Dazu gehört ausdrücklich auch die Fähigkeit zur ausgetriebenen Nachdenklichkeit in den Polizeien.

Dass bisher vor allem politische Beamte auf Spitzenfunktionen der Ermittlungsbehörden (MAD, BfV, Bundespolizei etc.) von dem BMI Friedrich gehievt wurden, ist fatal. Dort gehören Fachleute hin. Ihre Aufgabe ist vor allen Dingen handwerklich definiert. Wie sollen die Juristen, die evtl. in ihren vormaligen Verwendungen im Bundesinnenministerium gute Arbeit leisteten, entscheiden, wann eine operative Maßnahme fortgeführt oder abgeschaltet wird? Woher sollen sie wissen, welche Wirkung damit entfaltet wird.

Sie sind im Kern von den unter ihnen befindlichen Ebenen abhängig. Sie sind in zentralen Fragen ihrer Tätigkeit so getrieben wie kleine Schuljungen.

Auch die Betriebsblindheit ist in keiner Weise angegangen: die Führung von V-Leuten bei Polizeien und Geheimdiensten unterscheiden sich nicht in so relevanter Weise voneinander. Ein Polizeidirektor könnte mal für fünf Jahre beim Verfassungsschutz tätig sein, um anschließend wieder in seine vorherige Verwendung zurückzukehren. Ob er aus Bayern,

Thüringen, NRW oder einer Bundespolizei stammt, ist dafür zweitrangig. Er muss den Part allerdings beherrschen.

Genauso wie gestern der neue Präsident des Bundesamts für den Verfassungs“schutz“, der Vertraute Herr Maßen von Friedrich, ein Register für V-Leute forderte. Technokraten, Bürokraten, Dilettanten leiten jetzt weiter.

4. Die Heuchelei des Gedenkens ist unerträglich und schließt wie nahtlos an das Verhalten der ErmittlerInnen

Innerhalb weniger Tage vor diesem Gedenktag findet folgendes statt:

Endlich wird über 60 Jahre nach dem 2. Weltkrieg ein Ehrenmal für die Sinti + Roma in Gegenwart von der Bundeskanzlerin Merkel und dem Bundespräsidenten Gauck eingeweiht:

- Gleichzeitig hetzt der Bundesinnenminister gegen Sinti + Roma, die aus Serbien und Mazedonien in die Bundesrepublik flüchten,
- will Flüchtlingen nach einer gewissermaßen noch druckfrischen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die „Luft zum Atmen“ (= die Lust zur Flucht in die BRD) nehmen, indem Asylbewerbern ihre ohnedies menschenrechtswidrig niedrigen Unterhaltssätze zum Leben in der Bundesrepublik seit Rot-Grün im Bund noch weiter reduziert werden sollen
- und Asylbewerber machen eine Demonstration nach Berlin, müssen dafür ihre Residenzpflicht „verletzen“
- und setzen ihre Demonstration am Brandenburger Tor fort. Sie werden – alles gleichzeitig - in unmittelbarer Nachbarschaft zum „Deutschen Bundestag im Reichstag“ in unerträglicher Weise von Berliner PolizeibeamtInnen schikaniert, die sich neuerlich nicht zu schade sind, das grundgesetzlich verbrieft und durch höchstrichterliche Ausformung weiter definierte Demonstrationsrecht auszuhebeln.

Erst ein Gerichtsurteil von Freitag weist die Berliner Polizei in die Schranken, so dass Selbstverständlichkeiten wie heiße Getränke, Wärmflaschen, etc. bei den kühlen Witterungsbedingungen in diesem Herbst seit Freitag von der Berliner Polizei zu dulden sind. Was für ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen wie aber auch die EinsatzführerInnen und eingesetzten PolizeibeamtInnen, aus deren Reihen auch hier keine Remonstration bekannt geworden ist. Nicht einmal vom gehobenen oder höheren Dienst.

Auch in diesem Zusammenhang fragen wir Kritischen erneut: Was machen solche PolizeibeamtInnen noch alles mit?!? Wozu sind Sie noch in der Lage? Auf Befehl?! Mit ihrem Gehorsam wem gegenüber?

5. Die schlechte Aufarbeitung durch hunderte ErmittlerInnen

Nach wie vor wird in keiner angemessenen Weise auf den Ausgangspunkt der offiziellen „Entdeckung“ geschaut:

Der angeblichen Tötung auf Verlangen sowie der Selbsterschießung von Bönhard und Mundlos sowie der hektisch-panisch-aufgeregten Flucht von Beate Zschäpe.

Der gesamte Hintergrund ist nach wie ungeklärt, warum sich die beiden Männer umgebracht haben sollen und Frau Zschäpe die Sprengung und Brandstiftung vornahm, um Holter-di-Polter zu flüchten. Dazu werden die relevanten Fragen nicht mehr gestellt, geschweige denn dass sie beantwortet würden.

Dabei ist dieser ungeplante Sachverhalt der Dreh- und Angelpunkt für die weitere Bearbeitung auch der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse! Aber auch er verlässt sich weitestgehend auf die Zulieferung aus den Organisationen die Teil des Problems darstellen, dass die drei NSU-Haupttäter Mundlos, Bönhard, Zschäpe mit Dutzenden UnterstützerInnen (auch aus Verfassungsschutzämtern) 10 Morde, 14 Raubüberfälle usw. begehen konnten. Diese Organisationen – einschließlich der Justiz (!) – tragen auch

erhebliche Mitverantwortung, dass seit der Integration der ehem. DDR in die BRD ein solcher Rechtsruck in unserem Lande mit militantem Angesicht stattfinden kann.

Die oben angesprochene Grundlage für die hektische Selbstaflösung der NSU-Zelle ist unklar. Wer 10 Morde plant und durchführt, dazu viele weitere Kapitalstraftaten (Schwere Räubereien, Sprengstoffattentate etc.) schließt seine „erfolgreiche“ Terrorserie nicht so ab wie die drei es taten. Fast ohne Not, denn auch wenn Bönhardt und Mundlos wußten, dass sie umstellt wurden, gab es bei solch vorhandener rücksichtslosen Einstellung bei den dreien andere Handlungsmöglichkeiten. Da muss etwas sehr Besonderes eingewirkt haben. Auch diese Überlegung hat nichts mit Verschwörung zu tun, sondern ist naheliegend und zwingend.

6. Der Zeitpunkt naht: Es gab gar keine Fehler bei Staatsbediensteten

In eine ähnliche Linie gehört folgender Vorgang gestellt: Der BMI Friedrichs warb vor zwei Wochen dafür, dass man nicht so pauschal oder generell die Sicherheitsbehörden kritisieren oder gar verurteilen solle. In seinem Windschatten meldeten sich sofort die Bundesvorsitzenden von GdP und DPoIG zu Wort, um inhaltlich ähnlich zu kommunizieren, dass die Beamten doch so tüchtig wären.

Wir haben dieselbe Methode bei anderen Polizeiskandalen erlebt. So in Hamburg Mitte und Ende der 90er Jahre. Auch damals liefen einzelne Handlungen sogar weltweit in den Medien. Nach einer bestimmten (Scham)Zeit meldeten sich die GdP (damals Konrad Freiberg) und DPoIG zu Wort und verkündeten, dass es nie einen Polizeiskandal gegeben habe.

Die Nähe der GdP-Funktionäre zur SPD ist genauso bekannt wie die Nähe der DPoIG zur CDU/CSU. Zum Teil sitzen längst welche in den Landtags- und Bundestagsfraktionen.

Nachdem sich der BMI in seiner Überforderungsrolle zum ersten Mal also vor rund zwei Wochen durch die falsche Beratung so instrumentalisieren ließ und die beiden großen Gewerkschaften sofort Begleitmusik intonierten, ist es nur eine Frage der Zeit, wann es auf dieser Tonlage weiter gehen wird.

Aufgrund der gesellschaftlichen Reaktionen hatten selbst GdP, DPoIG und Friedrichs vor zwei Wochen erkannt, dass dieser Versuch vorerst scheitert. Sie sind im Moment ruhig, halten stille. So stille wie ansonsten zu den Erkenntnissen über die Minus-Leistungen der Sicherheitsbehörden bei der Bearbeitung durch die vier PUA's und Peinlichkeiten von BeamtInnen zu Dutzenden während gerade diese größeren Gewerkschaften ansonsten zu jeder Kleinigkeit die Stimme erheben. Auch sie gehören zu dem Problemkreis, weil ihre Funktionäre von ihrem Selbstverständnis nicht in der Lage sind, Verbesserungen herbeizuführen. Genauso wie dieser BMI Friedrich, der nur nach dem peinlichen Auftritt seines Staatssekretärs Fritsche vor dem PUA gerade in Moll und Schein-Empathie macht.

7. Tatbeiträge von BeamtInnen

Ähnlich verhält es sich mit dem Verneinen von Tatbeiträgen aus den Sicherheitsbehörden. Man hat sich inzwischen an die folgende Mixtur gewöhnt: Amtliche Erklärungen haben offiziellen Wahrhaftigkeitsanspruch (zu haben). Aus Ämtern wird jedoch nachweislich vertuscht, gelogen, vorenthalten, unterdrückt, verfälscht, zurückgehalten und vernichtet – ob Akten oder andere Informationen (= Beweismittel) geschreddert usw.

Gleichzeitig werden der Öffentlichkeit wie den Gremien absurde Begründungen für solche Handlungen „angeboten“. Diese Angebote sind mehr Idioten-, zum Teil Vollidiotentests, als Begründungen. Die TäterInnen in den Behörden dürfen sich abgesichert wähnen, gleichgültig wie abstrus zum Beispiel Datenschutzgründe für bestimmte Aktenvernichtungen sind.

Und selbst in der kritischen Öffentlichkeit wird den meisten Absurditäten aus Behördenstuben oder gar aus den Mündern von Personen, die ein Staatsamt bekleiden, zu vernehmen sind,

bestenfalls hinterfragt. Wenn überhaupt. All diese Beweismittelverfälschung, Verdunkelung und anderer Irrsinn hat erst einmal den Ernsthaftigkeitsanspruch und Glaubhaftigkeit auf seiner Seite, weil es ja von Amts wegen geschieht. So wie die Verarschung über 12 Jahre, dass die Mordserie aus den Reihen der Organisierten Kriminalität erwuchs. Wer anderes andachte und vortrug war Verschwörungstheoretiker. Dabei waren die „Spezialisten“ in fünf Sonderkommissionen der betroffenen Bundesländer sowie dem BKA usw. noch nicht einmal in der Lage, eine Beziehung zu den Sprengstoffanschlägen und noch weit mehr Raubtaten herzustellen. Sie waren Verschwörungstheoretiker. Und wenn die Vermittlung der Hypothesen durch diese „Spezialisten“ in Gefahr geriet, meldeten sich Politiker mit demselben Unfug zu Wort. Ob Otto Schily, Schäuble, Beckstein, Bouffier und viele andere.

Was hat sich also geändert?! – Objektive Tatbeiträge von Beamten liegen reihenweise vor. "Verwirrt" sind jene, die bei ähnlichen Handlungsqualitäten komplett unterschiedliche Maßstäbe ansetzen. So ist das auch hier bei Beamten, die dem NSU halfen. Objektiv. Aber unbehelligt bleiben. Das ist nicht nur das Laufenlassen einer der beiden Uwe bei der Durchsuchung mit den Sprengstoffunden im Januar 1998 und dem anschließenden Abtauchen gleich beider Uwes plus Beate Zschäpe in den "Untergrund", sondern solche ganz konkreten Tatbeiträge gab es mehrere. Bei solchen Feststellungen – einschließlich der zwei Tage später erst ausgestellten drei Haftbefehle - kann der Beschuldigte ganz einfach Fortgehen. Flüchten. In Gegenwart von etlichen im Dienst befindlichen PolizeibeamtInnen.

Es gibt – gerade bei staatlichen Akteuren, incl. Gerichten – keine Maßstabsgerechtigkeit oder Maßstabsidentität: Zum Beispiel werden Menschen via Indizienketten abgeurteilt oder - losgelöst von solchen Ketten - mit relativ kleinen Tatbeiträgen in den Zusammenhang des großen Ganzen gestellt werden, weil sie hätten wissen müssen, dass... bzw. ihnen klar gewesen sein musste, dass...

Die im vorstehenden Satz gesetzten Pünktchen werden dann von der richterlichen Überzeugungskraft getextet bzw. anhand des konkreten Sachverhaltes ausgefüllt. - Von solchen Sachverhalten vor Gerichten und in Urteilen gibt es Dutzende, wahrscheinlich Hunderte.

Es hat auch wenig Wert, hier den Job der staatlich zu hunderten besoldeten BeamtInnen zu übernehmen und solche objektiven Tatbeiträge aufzulisten. Derzeit will immer noch niemand in sog. „verantwortlicher Stellung“ diese Fakten durchdenken und bspw. die in vergleichbaren Konstellationen eingeleiteten Maßnahmen starten.

Dabei liegen erschreckende Einzelhandlungen vor, verstärkt durch bestimmtes Aussageverhalten in den Untersuchungsausschüssen. Hingegen werden Äußerungen von Kritikern auf die Goldwaage gelegt und zum Beispiel mit gezerrten Glaubwürdigkeitsgesichtspunkten vernachlässigt oder ganz zur Seite gestellt.

Abschließend zu unserer Stellungnahme zum ersten Jahrestag des Auffliegens der NSU-Zelle sei noch darauf hingewiesen, dass der ständige Sing-Sang auf eine „gut funktionierende deutsche Polizei“ (Kriminologe Christian Pfeiffer), den funktionierenden Rechtsstaat nicht nur wegen dieser Schlechtleistungen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund sich hoffentlich auch für den letzten Fachpolitiker erledigt hat?! - Alleine: der Zweifel bleibt.“

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl

